

## „Man muss die Finanzeinkommen in die Zange nehmen“

- *Wie kann man aus dem Dilemma herauskommen, die Banken absaufen zu lassen, mit dem Risiko einer Verschärfung der Krise zu Lasten der abhängig Beschäftigten, oder die Banken zu retten, wobei den gleichen abhängig Beschäftigten die Kosten für die Rettungspakete aufgebürdet werden?*

Michel Husson: Das einzige Mittel, aus diesem Dilemma herauszukommen, wäre eine integrale Verstaatlichung der Banken und Versicherungen. Das ist kein Überbieten, sondern eine kohärente Antwort. „Verstaatlichungen“ machen sie jetzt, aber die beschränken sich auf Beteiligungen, und sie sollen vorübergehend sein. Diese Geldspritzen der öffentlichen Hand werden nur dazu dienen, die Umstrukturierungen zu beschleunigen und letzten Endes die Banken auf dem Rücken der SteuerzahlerInnen wieder in die Gewinnzone zu bringen. Damit die Bücher wirklich offen gelegt werden, damit die wechselseitigen Schuldforderungen konsolidiert werden, damit eine Sichtung stattfindet, damit man nicht die faulen Kredite untergeschoben bekommt, damit Kapitalflucht verhindert wird, müssen sämtliche Banken öffentlicher Kontrolle unterstellt werden. Die Leute, die die Liberalisierungen bereuen, führen jetzt andauernd das Wort „Regulierung“ im Munde. Aber die Regeln werden umgangen werden, wie es stets der Fall gewesen ist, wenn sie nicht direkt durchgesetzt werden. Natürlich sind Maßnahmen wie das Verbot der Steueroasen zu unterstützen, aber man kann nicht darauf vertrauen, dass die internationalen Währungsbehörden die Finanzen dauerhaft regulieren werden. Die Verstaatlichung müsste zur Schaffung eines öffentlichen Finanzpols führen, denn Kredit und Versicherung fallen in den Bereich öffentliche Dienstleistung. Die Krise hat unter Beweis gestellt, dass privates Finanzwesen zur sozialen Katastrophe führt. Es kommt also darauf an, der Idee eines öffentlichen Kreditwesens wieder Geltung zu verschaffen; das hätte die Einführung einer demokratischen Steuerung zur Voraussetzung, mit der das Kreditwesen in den Dienst der gesellschaftlichen Bedürfnisse gestellt wird.

- *Kannst du näher auf den Ansatz eines „sozialen Schutzwalls“ eingehen?*

M. Husson: Die arbeitenden Menschen sind für diese Krise nicht verantwortlich, möglich geworden ist sie vielmehr dadurch, dass den Rentiers mehr Reichtum zugeflossen ist. Es wäre unerträglich, dass die Arbeitenden das zerschlagene Geschirr bezahlen würden, einzig und alleine dafür, dass die Unternehmen weiter Dividenden ausschütten können. Die Idee eines „sozialen Schutzwalls“ ist ein Mittel, um diese Forderung zu unterstreichen. Sie besteht darin, dass die Dividenden auf dem gegenwärtigen Niveau eingefroren und an einen gemeinnützigen Fonds überführt werden. Diese Summen könnten in einem Umfang, der demokratisch zu diskutieren wäre, für den Erhalt der Einkommen der Arbeitslosen und für die Finanzierung der sozialen Sicherung, der Sozialhaushalte und der öffentlichen Dienste verwendet werden: Damit würde über das Verbot von Dividenden das Verbot von Entlassungen finanziert werden können, wie das in dem Buch *Keine Entlassungen mehr*<sup>3</sup> vorgeschlagen worden ist. Die Summen, um die es potentiell geht, belaufen sich [in Frankreich] auf 90 Milliarden Euros; das sind 6 % des Bruttoinlandsprodukts, exakt der gleiche Anteil wie die 700 Milliarden Dollar, die der Paulson-Plan in den USA vorsieht.

- *Wie sind diese Vorschläge mit einem längerfristigen Kampf um die Löhne zu verknüpfen?*

---

<sup>3</sup> *Supprimer les licenciements*, Paris: Editions Syllepse, 2006, mit Beiträgen von Laurent Garrouste, Michel Husson, Claude Jacquin u. a.

M. Husson: Man muss die Finanzeinkommen in die Zange nehmen, einerseits indem sie direkt angezapft werden, andererseits durch Lohnerhöhungen. Unmittelbar gilt es die Idee der gleitenden Lohnskala zu verbreiten, anders gesagt, die Löhne mit einem Preisindex zu versehen, so dass die Kaufkraft erhalten bleibt. Das ist eine minimale Sofortmassnahme. Man könnte sie ergänzen durch den Vorschlag, dass den Unternehmen die öffentlichen Beihilfen gestrichen werden, die sich nicht an den Index halten. Sicher müssen diese Beihilfen auf längere Sicht ganz wegfallen, aber die genannte Bestimmung hätte den Vorteil, dass sie es möglich macht, dass die lohnabhängig Arbeitenden eine Kontrolle ausüben können, bei der sie den Stand der Kaufkraftentwicklung einschätzen können. Die mit der Krise beginnende Periode muss zur Radikalisierung der Alternativen führen, wobei der Begriff der Kontrolle über die Art und Weise, wie die Auswirkungen der Krise aufgefangen werden, im Zentrum stehen. Man muss sich auf das Gefühl der Ungerechtigkeit im Zusammenhang mit den Maßnahmen stützen, die nichts anderes zum Ziel haben, als den Verantwortlichen für das Desaster das Fell zu retten. Verstaatlichung und Kontrolle entsprechen diesem Anliegen und stellen zugleich Eingriffe in das Privateigentum dar, die der unmittelbaren Verteidigung gegen die Auswirkungen der Krise einen antikapitalistischen Inhalt geben können.

<http://orta.dynalias.org/archivesrouge/article-rouge?id=8712>

Beide Interviews wurden von Raphaël Duffleaux geführt und in *Rouge*, der Wochenzeitung der Ligue Communiste Révolutionnaire, Nr. 2270, 16.10.2008, veröffentlicht.

Aus dem Französischen übersetzt und mit Anmerkungen von Wilfried Dubois.